

Wochenschriftlich im Stadt-, Orts- und Nachbarortvertrieb M. 2.10, außerhalb M. 2.50 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 10 P. Verschiedenweise täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Gegründet 1877.



Die 10spaltige Zeile über deren Raum 15 Pfennig. Die 8spaltige Zeile über deren Raum 10 Pfennig. Bei Wiederholungen ununterbrochener Anzeigen entsprechende Rabatte. Bei gerichtlicher Einziehung und Konturien ist der Rabatt dimittibel.

Versprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 72

Druck und Verlag in Altensteig.

Donnerstag, den 27. März.

Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler.

1919.

An die Leser der württembergischen Zeitungen!

Wir hatten bestimmt erwartet, daß mit dem Kriegsende auch die Bedrängnisse des Zeitungs-gewerbes, insbesondere die Papiernot und die ständigen Preiserhöhungen für das Druckpapier, aufhören würden. Das Gegenteil ist eingetreten: nach einer weiteren Steigerung der Papierpreise am 1. Januar ist vom 1. April ab wiederum eine solche in nie gekannter Höhe angekündigt. Der neu eintrufende Aufschlag ist allein so hoch, wie früher der gesamte Papierpreis, das heißt Zeitungspapier kostet gegenüber den Friedenspreisen jetzt ungefähr das Vierfache!

Dieser kommen neben anderen kostspieligen sozialwirtschaftlichen Verpflichtungen überraschend herbeigeführte starke Lohnerhöhungen, empfindliche Aufschläge auf die Druckfarbe und sonstige Rohmaterialien, alles Geschehnungen, die Ausgaben und Einnahmen der Zeitungen vollständig aus dem Gleichgewicht bringen.

Um die neuerdings ganz ungewöhnlich verteuerten Herstellungskosten wenigstens teilweise auszugleichen, sind die Zeitungen genötigt, mit Wirkung vom 1. April ds. Js. ab nochmals ihre Bezugs- und Anzeigenpreise zu erhöhen. Wir bitten um verständnisvolle Anerkennung dieser leider unvermeidlichen Aufschläge.

Die Postbezieher machen wir darauf aufmerksam, daß die Mehrgebühren durch Nach-Erhöhung seitens der Postanstalten eingezogen werden.

Der Vorstand des Vereins württ. Zeitungsverleger.

Unter Hinweis auf die vorstehende Erklärung geben wir hiemit bekannt, daß der Bezugspreis für unsere Zeitung „Aus den Tannen“ sich vom 1. April ab um 20 Pfg. monatlich höher stellen wird als bisher.

Verlag der Zeitung „Aus den Tannen“.

Ministerpräsident Scheidemann über die Vergewaltigungspläne unserer Feinde.

In der deutschen Nationalversammlung erklärte gestern Ministerpräsident Scheidemann:

Täglich mehren sich die Meldungen aus dem Auslande in denen uns neue Erschwerungen in den zu erwartenden Friedensbedingungen angekündigt worden zu dem Zwecke uns nach und nach durch eine Wiederholung an diese unerhörten Forderungen zu gewöhnen, damit uns die endgültigen Bedingungen fast erträglich erscheinen. Durch ganz Deutschland geht ein Aufschrei, nicht chauvenistischer Art, sondern ein Aufschrei aus tiefer Verzweiflung, ein Appell an die höchste Instanz die es gibt, an das Gewissen der Menschheit. In Tausenden kommen die Proteste aus Provinzen, Städten und Dörfern, sie wollen bei Deutschland bleiben. Das ganze Martyrium eines besiegten Volkes wollen sie mitleben, nur weil sie sich nicht anders fühlen und denken können, denn als deutsch. (Stürmischer Beifall.) Die Reichsregierung weiß, daß diese Treue das wertvollste Gut ist, das ihr zur Verwaltung anvertraut wurde. Die deutsche Republik, die nichts an Gegenwart, die nur Zukunft zu bieten hat, erlebt es, daß das Bekenntnis zur Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen täglich lauter und in- tinger wird, selbst, wenn Deutschland aller Verbredchen, deren man es beschuldigt, wirklich schuldig, hat es darum das heilige Recht verloren, gegen Vergewaltigungen u. Fesseln z. protestieren die ihm die Gurgel zudrücken würden? Was von uns jemals nach ihrer (zu den U.S.P.) Meinung an Vergewaltigungen zugemutet wurde, reicht auch nicht annähernd an das heran, was unsere Gegner uns gegenüber ausgeführt haben und noch ausführen wollen. Aber nicht nur die äußerste Linken schwächt unsere Stellung vor dem erbitterten Feinde.

Am letzten Sonntag fanden in Berlin Versammlungen gegen die Abtrennung Westpreußens, Danzigs und des Saargebietes statt. Aber was erfolgte? Es war für einen Teil des Publikums dieser Versammlung schon bezeichnend, daß sie die Ausführungen Erzbergers und Bernsteins mit lärmenden Kundgebungen unterbrachen. Welche Kräfte wirklich politische Sabotage wollten, zeigte der sogenannte Nationalbund deutscher Offiziere. Diese Herren brachten es fertig Heil Dh im Siegerkranz zu singen u. durch Ausbringen eines Kaiserhochs eine gemeinsame Sache des ganzen Volkes zu mißbrauchen. Wir lassen uns das Recht, größliches Unrecht beim rechten Namen zu nennen, nicht nehmen, lassen aber ebenso wenig unseren Protest gegen Vergewaltigung zu chauvenistischen Treibern in unschärfen. Das was die Herren am Sonntag in Berlin getrieben haben, ist zwar nicht gewollt, aber in seinen Wirkungen, war es Landesverrat. Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen diese Vorgänge vom Sonntag. Wir werden uns die Herausbeschworenen außerpolitischen Gefahren durch eine handvoll Reaktionäre nicht weiter gefallen lassen. Wir dulden das nicht. Stillschweigen wäre hier Mitschuld. Die Anwesenheit des Generals Ludendorff bei diesen Vorgängen darf nicht leichtes Herzens beurteilt werden. Ludendorff hat bei seiner Rückkehr aus Schweden das Urteil eines Staatsgerichtshofes verlangt. Er soll es haben. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Im Namen der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß wir schnellstens einen Gegenwurf zur Errichtung eines Staatsgerichtshofes im Hause einbringen werden.

Die Klarstellung der Schuldfrage.

Der Verband weicht aus.

Berlin, 26. März. (Antich.) Bereits im November 1918 hatte die deutsche Regierung durch Vermittlung der schweizerischen Regierung den Regierungsausschuss der Entente vorgeschlagen, zur Feststellung der Schuld am Kriege eine internationale Kommission einzusetzen. Da eine Antwort nicht erfolgte, wurde der Vorschlag im Januar wiederholt. Unter dem 7. März traf nunmehr die schweizerische Regierung der deutschen Gesandtschaft in Bern mit, daß sie von dem britischen Gesandten folgende Mitteilung erhalten habe: Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß die Regierung Seiner Majestät der Meinung ist, daß es unangenehm sei, auf den deutschen Vorschlag irgend eine Antwort zu geben, da nach der Meinung der verbündeten Regierungen die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst unzweifelhaft festgestellt ist.

Die deutsche Regierung hat daraufhin der schweizerischen Regierung durch die deutsche Gesandtschaft in Bern folgende Note zustellen lassen:

In Beantwortung des Schreibens vom 7. März bittet die deutsche Gesandtschaft das schweizerische politische Amt, durch Vermittlung der schweizerischen Gesandtschaft in London der britischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, daß die deutsche Regierung gegen die in dem Schreiben der britischen Regierung wieder-gegebene Auffassung der Alliierten nachdrücklich Ver-wahrung einlegt. Wenn in dem Schreiben erklärt wird, der deutsche Vorschlag auf Einlegung einer neutralen Kommission zur Prüfung der Frage der Schuld am Kriege bedürfe keiner Antwort, weil die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst unzweifelhaft festgestellt sei, so weisen sich die Alliierten an, Ankläger und Richter zugleich zu sein und zwar in einer Sache, in der sie zum Teil gleichfalls der Schuld geziehen werden. Deutschland kann einen Urteilspruch in dieser Frage nur anerkennen, wenn er von einer Stelle ausgeht, der das gesamte Altenmaterial beider Parteien zur Verfügung steht und sie in der Lage ist, die nötigen Beweise durch Urkunden und Zeugen in voller Deffentlichkeit zu erheben.

Kirche und Staat.

Der Deutsche Evang. Kirchenausschuss hat in einer Kundgebung an die Nationalversammlung in Weimar folgende Forderungen aufgestellt:

1. die Anerkennung der bestehenden Landeskirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts.
2. Als öffentlich-rechtliche Körperschaften fordern die Landeskirchen insbesondere die Anerkennung der Sonn- und Feiertage, den Schutz der Gotteshäuser und gottesdienstlichen Einrichtungen sowie die Anerkennung der Amtsstellung ihrer Geistlichen.
3. Die Landeskirchen beanspruchen das Recht, ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten.
4. Die Landeskirchen fordern ferner die Sicherung ihres Vermögensbesitzes und das Recht zum Vermögenserwerb, das Recht der Besteuerung ihrer Mitglieder und die Anerkennung, daß grundsätzlich die bisher geleisteten Staatszuschüsse nur gegen volle Entschädigung und nur in Einvernehmen mit den Kirchenbehörden abgelöst werden dürfen.

5. Die Landeskirchen erachten es für selbstverständlich, daß mit der im Verfassungsentwurf vorgezeichneten Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften auch das Recht der Landeskirchen, sich untereinander zu einem öffentlich-rechtlichen Verband zusammenzuschließen, gewährleistet werden soll, sie wünschen aber dieses Recht verfassungsmäßig anerkannt zu sehen.

6. Bei staatlichen Einrichtungen wie der Seelsorge für die Wehrmacht und in den öffentlichen Anstalten, der Arbeit der Theologischen Fakultäten an den staatlichen Hochschulen sollen die geschichtlich begründeten Rechte der bestehenden Kirchen gewahrt bleiben. Ganz besonders gilt dies

7. von der Aufrechterhaltung des christlichen Charakters unserer Volksschulen. Verschiedene Freistaaten haben für die Stellung der Landeskirchen ihres Hoheitsgebiets bereits befriedigende Grundlagen geschaffen und die kirchlichen Rechte in ihrer Staatsverfassung anerkannt. Es kann nicht Aufgabe des Reichs sein, in diese Regelung einzugreifen. Wohl aber muß dem Reiche gegenüber eine Regelung kirchlicher Fragen die Förderung erhoben werden, daß die in dieser Eingabe als Mindestmaß gekennzeichneten kirchlichen Rechte in der Verfassung des Reichs allgemein anerkannt werden.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 25. März.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 14 Uhr.

Dr. Kießer (D.D.P.) führt Beschwerden über die Vergewaltigung deutscher Zeitungen in der Pfalz durch die französische Besatzungsbehörde.

Der Kommissar der Waffenstillstandskommission Dr. Hammer betont, der Druck der französischen Zensur mache sich besonders in dem Sinne geltend, daß die Zeitungen gegen ihren Willen ihr Vaterland beschimpfen und die französische Regierung loben müssen. Die Reichsregierung würde glauben, die Beherrschung der Pfalz zu verhindern, wenn sie auch nur einen Augenblick an der Reichstreue der Pfälzer und der pfälzischen Zeitungen zweifelte. Die Waffenstillstandskommission in Spaan habe gegen das Vorgehen des Besatzungsobersten der 8. französischen Armee Protest eingelegt.

Hg. Falk (D.D.P.) beschwert sich über die ungenügende Versorgung der Rheinlande mit Brotgetreide, Mehl und Fett. Unterstaatssekretär Frhr. v. Braun: Die besetzten Gebiete sind keineswegs schlechter versorgt worden, als das übrige Deutschland. Die Klagen werden von den Besatzungsstruppen veranlaßt und dienen offenbar politischen Zwecken.

Hg. Kungel (U.S.P.) behauptet, daß die Truppen des Generals Märker in Halle Ausschreitungen begangen hätten. Major Gillsa sagt energisches Einschreiten gegen etwaige Schuldige zu.

Nach Erledigung einiger weiterer Anfragen folgt die Interpellation Gröber (Z.), v. Fahren (D.D.P.) und Genossen betr. Maßnahmen für die mittleren und kleineren Gewerbe- und Handeltreibenden, sowie die Interpellation Arnberg (D.N.) und Genossen betr. Wiederaufbau der während des Kriegs stillgelegten oder geschwächten Betriebe.

Hg. Weßlich (D.Nat.) begründet die Interpellation Arnberg. Wenn wir unser Wirtschaftsleben wieder aufrichten wollen, so müssen wir vor allem die kleineren und mittleren Betriebe wieder in den Sattel setzen. Dazu gehört die Gewährung ausreichender Kredite, die Beschaffung von Rohstoffen, die Förderung des Genossenschaftswesens. Freilich, was wären alle diese Maßnahmen, wenn die Regierung drückt und drückt, durch Sozialisierungsexperimente die selbständigen Betriebe zu zerschlagen. Im Auslande tut man gerade das Gegenteil.

Zur Begründung der Interpellation Gröber erklärt Hg. Frä (Z.): Durch die Revolution und die Sozialisierungsexperimente haben sich die Aussichten für Handwerk und Gewerbe verschlechtert. Für das Handwerk ist die Zuteilung von Rohstoffen besonders notwendig. Beim Reichswirtschaftsrat und Reichsarbeitsamt müssen besondere Stellen mit dem nötigen Einfluß geschaffen werden, um den Bedürfnissen von Handwerk und Kleingewerbe Rechnung zu tragen. Vor allem muß die Kreditbeschaffung erleichtert werden durch staatliche Förderung der Kreditgenossenschaften.

Reichswirtschaftsminister Wiffel: Es ist unmöglich, den Zustand von 1914 wieder herzustellen. Die preuß. Eisenbahnverwaltung hat Aufträge von rund 2 Milliarden Mk. zu vergeben, die Reichspostverwaltung von 1/2 Milliarde. Im Reichswirtschaftsministerium wurde der Plan erwogen, mit einem Grundstock von mehreren Milliarden Aufträge an das deutsche Wirtschaftsleben zu geben und zwar auch für solche Zwecke, für die das Reich selbst keine Bedürfnisse hat. Aber leider hat die außerordentliche gesamte Finanzlage des Reichs diesen Gedanken nicht im vollen Umfang verwirklichen lassen, doch ist im Vermögensamt gleichfalls eine Kasse für gewerbliche Unternehmen errichtet worden mit 200 Millionen Mk. Das Handwerk ist davon nicht ausgeschlossen und kann durch seine Delegationen diese Kasse auch in Anspruch nehmen. Für die Verteilung des Handwerks mit Rohstoffen und Betriebsmitteln ist gezeigt worden, hierbei werden organisierte Handwerker selbst miteinwirken. Der Großhandel wird auch nach dem Frieden mit Beschränkung rechnen müssen.

Hg. Brähne (Soz.): Viele tausend Kleingewerbetreibende, die aus dem Krieg zurückgekehrt sind, stehen vor den Trümmern ihrer Existenz. Es wird Jahrzehnte dauern, bis sich wieder junge Leute zur Lehre melden werden. Bei den bevorstehenden Steuern muß das Handwerk möglichst verschont werden.

Weiterberatung Mittwoch nachmittag 3 Uhr.





## Neues vom Tage.

### Die preuß. Regierung.

Berlin, 26. März. In der preuß. Landesversammlung erklärte Präsident Seiner L. Majestät des Kaisers der vorläufigen Verfassung betrafte ich zum Ministerpräsidenten den bisherigen Inhaber des Amtes, Herr v. Bismarck zum Unterrichtsminister, Dr. Schuler zum Finanzminister, Fischbeck zum Handelsminister, Bauer zum Landwirtschaftsminister, Reinhardt zum Kriegsminister, den bisherigen Justizminister Heine berufe ich zum Minister des Innern, den Ober-Schlichter Dr. Zehnthoff zum Justizminister, den Oberstaatssekretär Stegerwald zum Minister für Volkswirtschaft, zum Verkehrsminister den bisherigen Direktor der „Völkzeitung“, Oeser in Stettin. Oeser war früher Redakteur an der „Allmerzig“ und dann an der „Frankf. Zig.“ (D. Schr.)

Berlin, 26. März. Wie der „Volksanz.“ erzählt, hat eine Abordnung des Reichsbürgerrats die Forderung des Bürgerturns überreicht, in das bevorstehende Gesetz für Betriebsräte und den Reichsarbeiterrat auch die schaffenden Stände des Bürgerturns einzubeziehen.

### Die Lebensmittel.

Haag, 26. März. Laut Angabe der Northbrabantischen Kommission werden heute und morgen zwei Dampfer mit zusammen 6000 Tonnen Mehl von Rotterdam nach Hamburg abgehen.

Wie die Lieferung von Lebensmitteln aus Holland langsam außer Kartoffeln noch getrocknete Kartoffeln, Mören, eingedickte Milch, gezeichnete Schweine- und Hammelfleisch, sowie Butter in nächster Zeit in Frage. Außerdem werden über Holland und Uebersee Lebensmittel, insbesondere Fett und Oel, zu beziehen sein.

### Der Religionsunterricht in den Schulen.

Hamburg, 26. März. Die Hamburger Bürgerhaft hat mit großer Mehrheit die Wieder-Einführung des vom L. und S. Rat aus den Hamburger Schulen entzogenen Religionsunterrichts beschlossen.

### Rückkehr in die Heimat.

Berlin, 26. März. Etwa 185 deutsche Sanitäts-Offiziere und Krankenwärter, sowie 150 Mann werden am 8. März von Brüssel nach Deutschland abfahren.

### Der Streit in Mülhausen.

Bern, 26. März. Nach der Meldung sozialistischer Blätter ist die Generalstreikbewegung in Mülhausen erloschen, ohne daß die Arbeiter ihre Forderungen durchsetzen konnten. Die Drohung der französischen Regierung, die Streikenden zur Zwangsarbeit in die zerstörten Gebiete abzuführen, hat die Arbeiter veranlaßt, erneut den 10-Stunden-Tag anzunehmen und mit ihren alten Lohnsätzen zufrieden zu sein. In Lohnbewegung stehen nur noch die Metallarbeiter, die Eisenarbeiter und die Straßenbahner. Der Belagerungszustand über Mülhausen bleibt weiter bestehen. Die verhafteten Gewerkschaftsführer bleiben in Haft.

### Der Krieg im Dänen.

Nach dem „Volkswächter“ sind amtliche Berichte aus Aurland eingelaufen, die über unerhörte Verhältnisse der lettischen Bolschewisten berichten. Frauen, Kinder und Greise der Stadt Mitau mußten in Schnee und Kälte 50 Km. weit in die Verbannung nach Urfall zu schleppen; die Schwachen wurden erschossen.

Warschau, 26. März. Grodno ist nunmehr unter polnischer Verwaltung. Die Russenarmee wurde vollständig geschlagen. Pinski wurde von den Polen besetzt. Die Bolschewisten haben große Mengen Kartrons, Maschinengewehre und Munition, Bahnmateriale, sowie eine Kasse mit einer halben Million Rubel zurückerhalten.

### Leserbriefe.

Nur ein Ersuchen trag ich vor: O schenk, so lang ihr lebt, kein Ohr Der Schwäger und Verleumder Rat Ein krankes Herz bleibt kühl Bei zügelndem Verrat.

## Rote Rosen.

Roman von G. Courths-Mahler.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)  
„Ich weiß, was er enthält, Josta, und ich bitte dich, ihn erst zu lesen, wenn du wieder in Hamburg bist und alle Aufregungen hinter dir hast“, sagte er.  
Josta war damit einverstanden, wie mit allem, was er für sie anordnete und beschloß.  
Frau von Seydlitz erklärte, wieder in das Städt zurückkehren zu wollen. Im Stillen hatte sie sich schon oft dahin zurückgelehnt. Das Leben im Hause des Ministers war ihr doch zu unruhig und aufregend gewesen, und sie hatte sich nur darin gefügt, weil sie es versprochen hatte. Sie war zufrieden, daß sie nun wieder ihre Ruhe bekam.  
Sie half Josta noch, den Haushalt ausführen. Es wurde angeordnet, daß die Möbel, die dem Minister gehörten, nach Baldow geschafft werden sollten. Die Einrichtung der Repräsentationsräume gehörte zum Jungfernschloßchen und war nicht Eigentum des Ministers gewesen. In Baldow sollte das andere untergebracht werden. Gelegentlich wollte Josta auf einige Zeit nach Baldow gehen, und alles nach Bauka platzieren lassen.  
„Ich kann das tun, Rainer, wenn du in Schellinggen nach dem Rechten siehst“, sagte sie.  
Eine Woche verging noch, bis Josta mit ihrem

## Der neue Kausung in Ungarn.

Prag, 25. März. (Reuter.) Aus Budapest wird gemeldet, daß das Haupt der militärischen Mission, Oberst Wix, verwundet ist und sich in Gefangenschaft befindet. Major Freeman von der britischen Militärmission gelang es, aus Budapest zu entkommen. Einer nicht bestätigten Meldung zufolge soll Karolyi ermordet sein.

Prag, 26. März. Das tschecho-slovakische Pressebureau meldet aus Prefsburg: Minister Schar hat infolge der Ereignisse in Ungarn das Standrecht über die ganze Slovalet verhängt. Die tschecho-slovakische Grenzschutz in Budapest wurde von Kommunisten besetzt. Es wurden 3 Millionen tschechischer Staatsgelder beschlagnahmt. Alle Beamten sind verhaftet, ihrer amtlichen und privaten Güter beraubt und dann abgehoben worden. Man erwartet sie in Prefsburg.

Wien, 26. März. Die ukrainische Gesandtschaft in Budapest wurde von Rotgardisten unter Führung eines Russen durchsucht. Der russische Offizier habe die vorgefundenen 2 Millionen an die Rotgardisten verteilt.

### Sie wollens nicht getan haben.

Budapest, 26. März. (Korr.-Bur.) Die Militärmission der Verbündeten richtete an die revolutionäre Regierung ein Schreiben, in dem sie behauptet, die Festlegung der neuen Demarkationslinie sei von Ungarn unrichtig aufgefaßt worden (1); es habe sich nur um eine Verschiebung der militärischen Gebiete zwischen Rumänien und Ungarn gehandelt, nicht um eine neue politische Grenze.

### Streit im Parlament.

Basel, 26. März. Die „Baseler Nationalist.“ bezeichnet das Gerücht, daß die gesamte sozialdemokratische Fraktion des schweizerischen Nationalrats den Tagungen des Rates von heute an nicht mehr beiwohnen werde. Es werde sich dadurch ein schwerer Konflikt in der schweizerischen Regierung ergeben.

### Son der Friedenskonferenz.

Bern, 26. März. Nach der Londoner „Daily Mail“ wird die alliierte Kommission die Landung der polnischen Divisionen des Generals Haller für Königsberg ins Auge fassen. (Danja wird demnach verschont bleiben.)

London, 26. März. „Daily News“ zufolge hat sich die englische Arbeiterpartei gegen die Auslieferung deutschen Gebiets an die Polen ausgesprochen. Auch W. G. S. spricht in einer Versammlung der liberalen Partei gegen die polnischen Ansprüche.

### Belagerungszustand in Spanien.

Madrid, 26. März. (Reuter.) In Barcelona hat ein Generalstreik den Straßenbahndienst und die gesamte Industrie lahmgelegt. Ueber Barcelona und ganz Spanien ist der Belagerungszustand verhängt worden.

### Der Staatsgerichtshof.

Berlin, 26. März. Bei der Nationalversammlung wird in den nächsten Tagen ein Gesetzentwurf über die Errichtung eines Staatsgerichtshofs eingebracht werden. Vor diesen Staatsgerichtshof sollen folgende Persönlichkeiten kommen, die das Verlangen ausgesprochen haben, vor einen Staatsgerichtshof gestellt zu werden, z. B. von Bethmann Hollweg und Ludendorff, oder solche, deren Verhalten in Bezug auf den Krieg nur von einem Staatsgerichtshof festgestellt werden kann.

Demnächst wird eine Anzahl der militärischen Verbände, die die Bedingungen erfüllen, in die Reichswehr übergeführt werden können. Sie unterstehen sodann dem Reichswehrminister.

### Englische Studienkommission.

Berlin, 26. März. Wie die „A. Z.“ erzählt, trifft demnächst eine größere Studienkommission englischer

Nach noch einige Wochen im Jungfernschloßchen, bis alles geordnet war. Dann wollte sie nach St. Annen zurückkehren.

Inzwischen war der Urlaub des Grafen Henning fast abgelaufen, und es blieb ihm nur noch ein Tag, den er gemeinsam mit Josta und seinem Bruder verbringen konnte.

Jostas Trauer machte es ihm jetzt möglich, einigermaßen ruhig an die Trennung zu denken, wenn auch der Schmerz über diese Trennung immerfort in ihm brannte.

Es war Gräfin Gerlinde sehr wenig angenehm gewesen, daß der Tod des Ministers ihren Plänen ein großes Hindernis geworden war. So gut war alles im Gange gewesen, wie sie es sich gewünscht hatte! Und nun war plötzlich durch diesen unzeitigen Trauerfall ein unerwünschter Stillstand in der Entwicklung der Dinge ein. Aber sie war machtlos, etwas daran zu ändern. Graf Hennings Abreise war für den nächsten Tag beschlossen.

Zur Stunde des letzten Tages, den Graf Henning in Hamburg verweilte, wollte Gräfin Gerlinde ins Schloß hinaufgehen.

Graf Rainer war auf das Horwetz geritten, wollte aber zur Zeitunde zurück sein, wie er Gräfin Gerlinde zuhief, als er am Witzweghaus vorüberritt.

Weder Josta, noch Henning ahnten, mit wie schwerem Herzen Graf Rainer auf sie zurückgesehen hatte, als er sich entfernte.

Sie saßen beide in Jostas Boudoir. Graf Henning war verhältnismäßig ruhig. Jostas schwarze Kleider wirkten wie ein Beräubungsmittel auf seine Gefühle. Sie plauderten von allerlei Dingen, die sie gemeinsam interessierten — auch von der fremden jungen Dame, die Josta so ähnlich sah. Und dann dachte Henning plötzlich daran, daß er neulich die Gräfin Gerlinde hier in diesem Raum am Schreibtisch überrascht hatte, und daß er Josta hatte warnen wollen. Er richtete sich plötzlich empor.

„Ich muß dir etwas sagen, Josta. Du weißt, wie ich dich einmal über Gerlinde — am Tage vor eurem Verlobungsfest, Erinnerungst du dich noch?“

Josta sah ihn fragend an.

Ja, Henning, ganz genau.“

Parlamentarier aller Parteien in Deutschland ein, um den Blick von den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen zu gewinnen.

### Die militärische Friedensabordnung.

Berlin, 26. März. Wie verlautet, gehören der militärischen Vertretung bei der deutschen Friedensdelegation nachstehende Offiziere des Generalstabes in dessen Auftrage an: General v. Hammerstein, bisher militärischer Vorkommandeur der D.M. in Spa; Major v. Bod, zuletzt erster Generalstabschef bei der Heeresgruppe deutscher Kronprinz; Oberleutnant Ritter von Eylander vom bayer. Generalstab, Major v. Köttinger, vom sächsischen Generalstab und württ. Hauptmann Geier. Die Leitung der militärischen Vertretung übernimmt Generalmajor v. Wisberg vom preuß. Kriegsministerium.

### Zum Abschluß des Waffenstillstandes.

Berlin, 26. März. Auf verschiedene Presseäußerungen der letzten Tage, die sich mit der Einlieferung des deutschen Waffenstillstandsangebots beschäftigten, wird halbentwürgend durch WTB. mitgeteilt:

Das Waffenstillstands- und Friedensangebot vom Anfang Oktober ist, wie die drei Telegramme des Generals Ludendorff vom 1. Oktober beweisen, durch die D.H.L. (Oberste Heeresleitung) veranlaßt worden. Prinz Max von Baden hat sich gegen die Annahme, sofort bei seinem Dienstantritt an die Spitze mit einem Waffenstillstandsangebot heranzutreten, heftig gestraut. Sein Widerstand ist aber durch die immer erneuten Hinweise der D.H.L. auf eine drohende militärische Katastrophe gebrochen worden. Es ist aber auch unrichtig, daß die D.H.L. Anfang Oktober immer wieder betonte hätte, die Westfront würde gegebenenfalls im Stande sein, dem Feinde weiteren Widerstand zu leisten. In den Telegrammen des Generals Ludendorff vom 1. Oktober steht davon kein Wort. Aber auch das Schreiben des Generalfeldmarschalls von Hindenburg enthält davon nichts.

Der Brief Hindenburgs lautet:

Berlin, 7. Okt. 1918. An den Herrn Reichskanzler. Die D.H.L. bleibt bei ihrer am Sonntag den 9. September d. Js. gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebots an unsere Feinde bestehen. Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, und der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schladten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, den Feinden den Frieden aufzuzwingen. Der Gegner seinerseits führt ständig neue frische Reserven in die Schlacht. Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt heftig alle Angriffe ab. Die Lage aber verschärft sich täglich und kann die D.H.L. zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen. Unter diesen Umständen, erscheint es geboten, den Kampf abzugeben, um dem deutschen Volk und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder verjämte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben. G. v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Auf Grund dieses sachverständigen Urteils mußte jede ihrer Verantwortung sich bewußte Regierung im Interesse unseres blutenden Heeres das Waffenstillstandsangebot erlassen. Es stand jedoch von vornherein fest, daß nur das Wilsonsche Programm die Grundlage eines später abzuschließenden Friedens bilden konnte. Von dieser Grundlage ist bisher weder die Regierung des Prinzen Max, noch die der Revolution abgewichen.

„Und — wie steht du eigentlich jetzt Gerlinde gegenüber?“

Ueber Jostas Gesicht flog ein Schatten.

„Ich möchte nicht gern darüber sprechen, Henning, weil ich fürchte, daß ich Gerlinde nicht Gerechtigkeit widerfahren lassen kann.“

„Du weißt doch, Josta, daß du mir rückhaltlos alles sagen kannst.“

„Ja, mein lieber Henning, das weiß ich. Und auch nur zu dir allein kann ich darüber reden. Nicht einmal Rainer möchte ich es sagen, denn er schätz Gerlinde sehr hoch und ichent ihr seine Freundschaft. Aber dir will ich nicht verhehlen, daß ich Gerlinde im Herzen noch immer fremd gegenüber sehe. Es ist ganz sicher unecht von mir. Sie ist so liebenswürdig, ja herzlich zu mir. Ihr ganzes Leben liegt offen vor mir, denn sie ist fast immer in unserer Gesellschaft, und doch — es ist etwas in mir, worüber ich nicht Herr werden kann. Fast möchte ich es Frauen nennen, Mädchen, in ihrer Ehrlichkeit mir gegenüber. Es ist ein Gefühl, das mich vor ihr warnet — wie vor einer Feindin.“

Henning sah sinnend vor sich hin. Dann sagte er langsam — zögernd:

„Ich habe ein ähnliches Empfinden Gerlinde gegenüber. Und — ich muß dir etwas sagen, es ist mir etwas aufgefallen. Als ihr nach der Festung abgereist war, du und Rainer, da ging ich durch deine Zimmer um mir drüben bei Rainer in der Hausapotheke ein Mittel gegen mein Kopfschmerz zu holen. Und als ich dabei des Zimmers passieren wollte, hörte ich im Augenblick, als ich eintrat, ein leises, schnappen des Geräusches, als wenn eine Feder oder ein Schlüssel einschnappte. Zugleich erblickte ich Gerlinde. Sie an deinem Schreibtisch stand sie und war sichtlich bewegt und erschrocken, als ich eintrat. Ich hatte den Gefühl, als habe sie sich in unlauterer Absicht an deinem Schreibtisch zu schaffen gemacht.“

Jostas Gesicht überzog sich mit dunkler Rote. In seinen Augen leuchtete es wie Überraschung und ein Strahl der Erkenntnis.

Sie sprang auf und trat an ihren Schreibtisch.

Fortsetzung folgt.





## Amthliches.

Oberamt Nagold.

**Bekanntmachung betr. den Vollzug des Gesetzes über das Gemeindevahlrecht und die Gemeindevertretung vom 15. März 1919 (Reg. Bl. S. 25.)**

Nach Art. 4 des gen. Gesetzes hat die Zahl der in den Gemeinderat zu wählenden Mitglieder, welche durch zwei teilbar sein muß, zu betragen:

in Gemeinden erster Klasse	14—20,
zweiter	10—16,
dritter	6—12.

Die Zahl der Gemeinderatsmitglieder wird durch Beschluß der Gemeindekollegien festgesetzt. Dieser Beschluß ist in der Form der Aenderung der gemäß Art. 10 der Gemeindeordnung aufgestellten Satzung zu fassen. Der Beschluß ist spätestens bis zum 1. April 1919 der Aufsichtsbehörde (Oberamt) zur Vollziehbarkeitsklärung vorzulegen. (Zu vergl. § 3 der Vollz.-Verf. vom 17. März ds. J., Reg. Bl. S. 31.)

Der Gemeinderat ist in sämtlichen Gemeinden an einem vom Gemeinderat zu bestimmenden Sonntag, spätestens jedoch im Monat Mai 1919 neu zu wählen. (Vergl. Art. 5 und 9 des Ges.) Die Wahl erfolgt auf 6 Jahre. Je nach 3 Jahren scheidet die Hälfte und zwar erstmals mit Ablauf des Jahres 1922 aus.

Die bisherigen Gemeindekollegien haben bis zum erstmaligen Zusammentritt des neu gewählten Gemeinderats ihr Amt fortzuführen.

Auf den Gemeinderat gehen die in der Gemeindeordnung und in anderen Gesetzen sowie in Verordnungen dem Gemeinderat und Bürgerausschuß und den beiden Kollegien zusammen bisher zugewiesenen Befugnisse über. (Art. 3 des Gesetzes.)

Die Gemeindebehörden werden angewiesen, sich mit dem Inhalt des oben angeführten Gesetzes und den hierzu ergangenen Vollzugsbestimmungen genau vertraut zu machen.

Den 25. März 1919.

M ü n z, A. B.

Oberamt Nagold.

Laut Mitteilung der württ. Landesgetreidestelle wehren sich die Anzeigen für immer häufigere Uebertretungen der Bestimmung über das Nachschneiden (Verfügung der Landesgetreidestelle vom 6. Sept. 1917, Staatsanzeiger vom 8. Sept. 1917 Nr. 210). Trotz der nunmehr hinreichend bekannten Tatsache, daß wir mit unseren heimischen Getreide- und Mehlvorräten in wenigen Wochen zu Ende sein werden, und trotz der Unsicherheit in welchem Umfang für Württemberg ausländische Ware zu erwarten ist, werden in den Bäckereien, Konditoreien, Kaffeehäusern usw. immer mehr Nachwaren angeboten, die offensichtlich gegen die Vorschriften verstoßen, oder bei denen der Verdacht rabellegt, daß verbotene Zusatzstoffe. (Fett und Eier) zur Herstellung verwendet werden. Sehr häufig werden insbesondere Lebkuchen festgehalten, deren Herstellung gemäß § 4 der genannten Verfügung in Bäckereien, Konditoreien, öffentlichen Speiseanstalten und ähnlichen Betrieben verboten ist. Andere Kuchenarten widersprechen wiederum den Vorschriften des § 1, soweit sie die Verwendung von Obst Marmelade oder Zwiebeln überhaupt vermissen lassen und dafür offensichtlich verbotene Zusätze von Fett und Milch aufweisen.

Das Oberamt nimmt daher Veranlassung, auf die bestehenden Vorschriften hinzuweisen. Die Ortspolizeibehörden werden ersucht, die Einhaltung der bestehenden Vorschriften zu überwachen.

Den 25. März 1919.

M ü n z, A. B.

## Unsere Zeitung bestellen!

### Landesnachrichten.

Altensteig, 27. März 1919.

\* **Uebertreten** wurde die Staatsstrassenmeisterstelle in Freudenstadt dem Bauwerkmeister und Wasserbauwerkmeister Hans Schlenker in Rottweil.

\* **Befähigt** wurde die Wahl des Gutsbesizers Johann Friedrich Theurer in Göttingen zum Ortsvorsteher der Gemeinde Göttingen.

— **Beschlagnahme der ausländischen Wertpapiere.** Demnächst wird die Verordnung des Reichsschatzministers veröffentlicht werden, wonach alle im deutschen Besitz befindlichen ausländischen festverzinslichen Wertpapiere (mit Ausnahme der russischen und der früheren Verbündeten Deutschlands) dem Reich zum Ankauf angeboten sind, da durch sie ein Teil der ausländischen Lebensmittel zu beziehen ist. Die Banken usw. sind zur Annahme und Anmeldung ermächtigt und erhalten dafür vom Reich eine Vergütung. Vom Publikum dürfen sie keine Gebühr erheben.

— **Einfuhr Schweizer Schuhwaren.** Wie aus Bern gemeldet wird, hat die Schweizer Schuhindustrie vielfach auf Vorrat gearbeitet und möchte nun, daß der Bundesrat den Export freigibt. Diesbezügliche Gesuche laufen beim Volkswirtschafts-Departement unangeführt ein. Nachdem bereits vor kurzem einige Exporterleichterungen gewährt worden sind, die jedoch nur für die Entente-Länder Gültigkeit haben, glaubt man demnächst auch die Ausfuhr für Deutschland in größerem Umfang zulassen zu dürfen. Insbesondere hat die Schweizerische Schuh-Industrie ein Interesse daran, ihren Ueberfluß nach dem Auslande hin abzustößen. Von der Schuhfabrik Dally in Schönenwerd beispielsweise wird berichtet, daß sie 300 000 Paar Schuhe ausfuhrbereit hält. Durch die Freigabe des Exports hofft gleichzeitig die Schweizer Industrie auch ein Sinken der Preise zu verhindern. Daneben sollte aber für möglichst umfangreiche Beschaffung von Rohleder gesorgt werden, um die deutsche Schuhwarenerzeugung wieder leistungsfähig zu machen.

— **Vierverjorgung.** Für dieses Jahr, einschließlich der Winterzeit, werden auf den Kopf voraussichtlich nur 25 Eier im ganzen zur Verteilung kommen. Wie man damit auskommen soll, das ist das Geheimnis der Landesverjorgungsstelle, die uns mit der Nachricht überrascht.

— **Einmachzucker.** Die württ. Landesverjorgungsstelle teilt mit, daß zwar die Reichszuckerstelle in diesem Jahr voraussichtlich keinen Einmachzucker freigeben werde, daß aber die Landesverjorgungsstelle aus dem Vorjahr Einsparungen gemacht habe, die es ermöglichen, den Kommunalverbänden vorläufig 2 Pfund auf jeden Verjorgungsberechtigten zu überweisen.

— **Vorkaufsrecht der Gemeinden.** Im württ. Ministerium des Innern ist der Entwurf eines Gesetzes ausgearbeitet worden, der den Gemeinden das Vorkaufsrecht an Grund und Boden sichern soll. Das Gesetz soll alsbald der Landesversammlung vorgelegt werden.

— **Der Friedensbeirat.** Aus Kreisen der Industrie wird uns geschrieben: Es dürfte jedermann auffallen sein, daß die jüngst veröffentlichte Liste des Beirats der deutschen Friedensabordnung unter 38 Namen nicht einen einzigen Württemberger aufweist, obgleich Württemberg der viertgrößte Bundesstaat ist, während Baden drei, Bayern vier und Sachsen zwei Beiräte stellt. Württemberg kann doch eine entsprechende Berücksichtigung und Abänderung oder Ergänzung der Liste verlangen.

Freudenstadt, 26. März. (Lotterie.) Nach einer Bekanntmachung des Ministeriums des Innern ist der Reichsgemeinde Rott die Erlaubnis erteilt worden, zu Gunsten der Erbauung einer neuen evangel. Kirche eine Lotterie mit Ausgabe von 100 000 Loosen zu einer Part zu veranstalten.

Unterjettingen, 26. März. (Besitzwechsel, Autoverkehr.) Das Anwesen des Ernst Widmann, Kaufmann hier, ging durch Kauf in den Besitz des Wilh. Höpfer, Inhaber eines gemischten Warengeschäfts in Walddorf über. Die Uebernahme erfolgt am 1. Juni. — Sicherem Vernehmen nach wird die Kraftwagenverbindung Hatterbach—Herrenberg am 1. Mai wieder aufgenommen.

Ulm, 25. März. (Eisenbahnloß.) Der von Rohrdorf O. A. Horb kommende am hiesigen Bahnhof angehaltene Reichenswälder Ambros Teufel geriet beim Rangieren zwischen die Puffer zweier Lokomotiven. Der 37jährige Mann, Vater von 7 Kindern, wurde schwerverletzt ins Krankenhaus verbracht, wo er gestorben ist.

Stuttgart, 26. März. (Generalsstreik.) Eine Versammlung der Vertrauensmänner der sozialdem. Partei lehnte den Generalsstreik entschieden ab. Im Falle des Streiks sollen die Parteigenossen in den Betrieben aber zu Hause bleiben.

### Legte Nachrichten.

Amsterdam, 26. März. Times melden aus Helsinki, daß Trotski die Mobilisierung der Torpedobootsdivision auf der Neva befohlen habe. Die Panzerkreuzer „Petro Pawlowitsch“ und „Andrei Permoswanow“ erhielten Befehl nach Kronstadt zu fahren.

Budapest, 26. März. Wie das U. L. A. B. meldet, hat die seit dem 21. März bestehende Regierung bereits eine Anzahl von Verfügungen erlassen, durch die die Diktatur des Proletariats fest verankert werden soll. Es herrscht vollkommene Ruhe und Ordnung im ganzen Lande.

Rotterdam, 27. März. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt: Die Friedenskonferenz hat so gehandelt, als ob ihre ausführende Macht absolut sei. Sie ist aber begrenzt, namentlich in Osteuropa gleich null. Je mehr Zeit vergeht, desto mehr vergeht die Autorität der Friedenskonferenz. Wenn schließlich der Friedensplan fertig sein wird, werden die Deutschen ihn nicht annehmen und er wird dann vielleicht noch als Kriegsprogramm dienen können, das mit Gewalt durchgesetzt werden muß.

Rotterdam, 27. März. Daily News schreiben: Hoffentlich wird die Friedenskonferenz vernünftiger sein als ihre journalistischen Ratgeber. Es gibt nur ein wirksames Mittel um mit Rußland fertig zu werden und das Uebergreifen des Bolschewismus über die russische Grenze aufzuhalten und das wäre ein rascher Friedensschluß mit Deutschland und ein möglichst baldiger Frieden mit Rußland.

Berlin, 27. März. Die kommunistische Partei hatte gleich nach Beendigung des letzten Generalsstreiks unter der Groß-Berliner Arbeiterschaft lebhaft für einen erneuten Generalsstreik gewirkt, der gestern beginnen sollte. Die Agitation erfolgte in Massen wie kaum jemals zuvor. Aber es ist nirgends gestreikt worden. Die Arbeiterschaft scheint sich darüber klar geworden zu sein, welchen Wahnsinn solche politische Streiks augenblicklich darstellen.

Berlin, 27. März. Wie dem Berliner Lokalanzeiger aus Chiasso berichtet wird, ist dort das in Hangar bei Mailand erbaute Luftschiff „S. 5“ explodiert. Drei Soldaten verloren dabei ihr Leben. Der Schaden beträgt 2 Millionen Lire. Das Luftschiff hatte während des Krieges große Dienste geleistet.

Druck und Verlag der B. Kieker'schen Buchdruckerei Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf.

### Altensteig-Stadt.

Die Stadtgemeinde vergibt die Herstellung

a) eines Holzabfuhrwegs im Stadtwald Priemen (Nieskopfungsweg) Kostenvoranschlag 1900 M.

c) Verbesserung des Dachsklingentrichs im Priemen, Kostenvoranschlag 900 M.

Pläne, Akkordbedingungen und Kostenüberschläge liegen zur Einsicht auf dem Rathaus auf.

Schriftliche Angebote sind spätestens bis

Dienstag, den 1. April d. J., nachm. 2 Uhr einzureichen.

Den 24. März 1919.

Stadtschultheißenamt:  
Wetter.

### Gemeinde Göttingen.

## Nutzholz-Verkauf.

Am Dienstag, den 1. April 1919, von nachm. 1 Uhr an kommen im Anschluß an den Nadelstammholz-Verkauf in den hiesigen Gemeindevorstellungen im mündlichen Ausschreib zum Verkauf:

200 St. Bau-, Küfer- und Wagnereichen bis zu 67 cm. Durchmesser.

Zusammenkunft und Abgang vom Rathaus aus.

Den 19. März 1919.

Gemeinderat.

## Lehrling-Gesuch.

Ein ordentlicher Junge achtbarer Eltern findet unter günstigen Bedingungen gute Lehrstelle bei

Kris Pfau, Bäckermeister  
Wittbad.

Nähere Auskunft erteilt Gottf. Gutekauf, Feinbäckerei, Altensteig.

Altensteig.

## Geglühter Draht

1,5 mm stark

ist eingetroffen und kann jedes Quantum abgeben

Karl Hensler senior  
Eisenwarenhandlung.

### Walddorf O. A. Nagold.

## Stangen- und Nutzholz-Verkauf.

Am nächsten Freitag, den 28. März 1919, mittags 1 Uhr kommen auf dem Rathaus aus dem Gemeindevald Brand und Hagen zum Verkauf:

Baustangen 357 I A, 171 I B, 112 II, 13 III  
Hagstangen 28 I, 66 II, 18 III  
Hopfenstangen 11 I, 13 II.

Ferner kommen zum Verkauf 24 St. Buchen mit zus. 11 Festm. und 24 St. Eichen mit zus. 7,5 Festm.

Liebhaber sind eingeladen.

Den 24. März 1919.

Schultheißenamt: Kentschler.

Sofort abzugeben:

## neuer Drehstrommotor

(Kupferwicklung) 2 P. S. 220 Volt.

Paul Jannasch, Altensteig.

## Gesang-Bücher

in großer schöner Auswahl

empfehlen die

B. Kieker'sche Buchhandl., Altensteig.



Schernbach.

# Todes-Anzeige.



Wir machen die traurige Mitteilung, daß unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

## Sriß Schaible

nach 50 monatlicher treuer Pflichterfüllung im Feldlazarett in Ensisheim nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 35 Jahren gestorben ist.

### Die trauernden Hinterbliebenen:

Die Brüder: **Jakob Schaible**  
**Ronad Schaible**  
Die Schwester: **Marie Koch**  
mit Gatte **Louis Koch.**

Trauer Gottesdienst in Schernbach Sonntag, den 30. März, nachm. 2 Uhr.

Altensteig.

# Einladung.

Heute abend 8 Uhr

## Evangelisationsversammlung

von Herrn Missionar Köhler in der Kirche.

Diesu lobet für hier und Umgebung freundlich ein  
**Stadtpfarrer Haug.**

Statt Karten.

**Marie Bauer**  
**Julius Gauss**

— Verlobte —

Allmandle.

Pfaffenstube.

März 1919.

Altensteig, 24. März 1919.

# DANKSAGUNG.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schmerzlichen Verluste unseres lieben, treubesorgten Gatten, Vaters, Bruders, Groß- und Schwiegervaters und Onkels

## Karl Ackermann sen., Schlossermeister

für die zahlreiche Leichenbegleitung von nah und fern und für die vielen Kranzspenden, sowie die ehrenden Nachrufe seitens der Stadtgemeinde, Kirchengemeinderats, des Kriegervereins und für den erhebenden Gesang des verehrl. Liederkranzes sprechen wir unseren innigsten Dank aus.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

die trauernde Gattin:

**Marie Ackermann, geb. Schenk**  
mit ihren beiden Söhnen Karl und Ernst.

Luiße Hummel

Hans Schill

Verlobte

Abhausen, im März 1919.

Altensteig.

# Geschäfts-Empfehlung.

Der werten Einwohnerschaft von hier und Umgebung zur Kenntnis, daß ich die

## Wagnerei der Witwe Carl Luz

erworben habe und bitte bei Bedarf um freundliches Wohlwollen. Rasche Bedienung sichere ich zu.

**Johannes Bäuerle**  
**Wagner.**

Altensteig.

Aus neuen Sendungen empfiehlt

## Bürstenwaren

wie:

Schrubber  
Cardätschen  
Putzbürsten  
Waschbürsten  
Kehrwische  
Weißpinsel  
Anstreichpinsel  
Schuhbürsten  
Parkettwischbürsten  
Gläserbürsten  
Sorghobesen  
usw.

zu mäßigen Preisen in sehr guter Ware

**Lorenz Luz jr.**  
Telephon Nr. 46.

## Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemal. Kriegsteilnehmer

(R. d. K. v. K.)

Ortsgruppe Altensteig u. Umgebung.

Am **Sonntag, den 30. März 1919**, nachm. 1/2 3 Uhr im Gasthaus zur Linde

### Monatsversammlung

wozu alle Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen freundl. eingeladen werden.

Der Vorstand.

Herzogswiler.

Verkaufe am **Samstag, den 29. März**, nachm. 2 Uhr einen starken, bereits neuen

## Langholzwagen

sowie

einen Wagen mit Truhe

kann auch zu Langholzwagen verwendet werden.

**Eg. Mast.**

## Heirats-Gesuch.

Zwei Geschäftsl., mitte 20 er, wünschen mit soliden Frauen im Alter von 19-24 Jahren in Briefwechsel zu treten, zwecks Heirat. Vertrauensvolle Verschwiegenheit wird zugesichert.

Briefe unter Nr. 28 werden befördert durch die Geschäftsst. d. V.

Altensteig.

# Ribfelle, Bock- und Gaisfelle

kauft zu den höchsten Preisen

**Carl Walz**

Fut- und Mäzengeschäft.

## Gefunden

wurde in der Schillerstraße ein Portemonnaie mit Inhalt. Dasselbe kann abgeholt werden gegen Einrückungsgebühr bei **Mina Schilling, Blumenstr. 59.**

Altensteig.

## Verloren

ging auf dem Weg von der unteren zur oberen Stadt

ein gold. Zwicker.

Es wird gebeten, denselben abzugeben gegen gute Belohnung in der Exp. d. Blattes.

Altensteig.

## Gesucht

jemand zu einer **Abfchreib-Arbeit** gegen Bezahlung, männlich oder weiblich.

**Ev. Stadtpfarramt.**

Verkaufe eine mit dem 4. Kalb trächtige, schwere



**Nutz- und Schaffkuh**

**Jakob Proß**  
Führmann in Schönbroun.